Abendausgabe

Nr. 502 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 253

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

400 Millionen M.

Freitag
26. Oktober 1923

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Das Reparationsproblem.

### England und Amerika nehmen Fühlung.

Die vor einigen Tagen gemeldete Rede des südafrikanischen Premierministers General Smuts, ebenso wie die Abschiedsrede des amerikanischen Botschafters Harvey in London haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß die englische Regierung sich nun doch, angesichts der katastrophalen Entwicklung in Deutschland, veranlaßt gesehen hat, in engere Fühlung mit der amerikanischen Regierung zu treten, um gemeinsam mit ihr auf einer internationalen Konferenz eine Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage zu finden.

Jetzt wird vom britischen Auswärtigen Amt der Wortlaut des Schriftwechsels veröffentlicht, der zwischen Lord Curzon und dem britischen Geschäftsträger in Washington in dieser Angelegenheit stattgefunden hat. In einem Telegramm des britischen Außenministers vom 12. Oktober macht dieser den Geschäftsträger in Washington darauf aufmerksam, daß ohne eine gemeinsame Aktion der Mächte nicht nur Deutschland, sondern auch Europa in eine wirtschaftliche Katastrophe treibe. Unter diesen Umständen habe die britische Regierung seit langem den Glauben unterhalten, daß die Mitwirkung der amerikanischen Regierung eine wesentliche Bedingung für jeden wichtigen Fortschritt zu einer Lösung sei. Amerika sei auch „direkt und vital interessiert an der Lösung des europäischen Problems, wenn aus keinem anderen Grunde, so doch aus dem, weil darin die Frage der interalliierten Schulden involviert ist". Deshalb habe Großbritannien ebenso wie Deutschland den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes warm begrüßt. Die französische Regierung habe jedoch bisher eine andere Ansicht vertreten. Nun habe die britische Regierung die Absicht gehabt, sich wegen einer gemeinsamen Aktion an Amerika zu wenden, als die Nachricht durch die Presse ging, daß Präsident Coolidge erklärt habe, die amerikanische Regierung verharre auf ihrem Vorschlag vom letzten Dezember.

„Die britische Regierung begrüßt warm diese Erklärung und hofft, daß sie berechtigt ist, daraus abzuleiten, daß, wenn die europäischen Mächte sich zu einer derartigen Nachfrage zusammentun, Amerika die versprochene Mitwirkung leisten wird. Wenn die britische Regierung die Erklärung des Präsidenten richtig ausgelegt hat und wenn sie darauf rechnen kann, daß einem solchen Versuch eine ermutigende Aufnahme zuteil wird, so wird sie nicht zögern, die unmittelbare Mitwirkung ihrer Alliierten in Europa zu erlangen, zu einer Einladung an die amerikanische Regierung, bei der vorgeschlagenen Untersuchung mitzuhelfen, indem sie einen Delegierten, sei es offiziell, sei es nicht offiziell, zur Teilnahme daran abordnet. Wenn andererseits vorgeschlagen werden würde, eine derartige Untersuchung abzuhalten, obgleich völlige Einmütigkeit zu diesem Zwecke nicht erreicht ist, könnte dann die britische Regierung und die Mehrheit der Alliierten weiterhin von Amerika eine Mitwirkung erhoffen? Wenn auf der anderen Seite vorgeschlagen würde, daß eine solche Untersuchung der Reparationskommission oder einer Körperschaft, die von dieser ernannt wird, anvertraut würde, würde dann Amerika weiterhin willens sein, daran teilzunehmen?"

Lord Curzon erklärt zum Schluß, daß die englische Regierung im Namen des gesamten britischen Reiches spreche, wie es in der Reichskonferenz in London gegenwärtig versammelt ist, und froh sein würde, von der amerikanischen Regierung jede Anregung entgegenzunehmen, um gemeinsam mit ihr vorgehen zu können.

In der Antwort des britischen Geschäftsträgers in Washington an Lord Curzon vom 16. Oktober wird der Inhalt eines Memorandums wiedergegeben, das der amerikanische Staatssekretär zur Beantwortung des Telegramms Lord Curzons übergeben hat. In diesem Memorandum wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die augenblicklichen Verhältnisse es dringend notwendig machen, einen geeigneten finanziellen Plan aufzustellen, um eine wirtschaftliche Katastrophe in Europa zu verhindern, deren Folgen die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen würden.

„Es ist zu hoffen — heißt es in dem Memorandum weiter —, daß die obwaltenden Umstände günstig sind für die Erwägung eines derartigen Planes insofern, als die Aufgabe des Widerstandes seitens der deutschen Regierung eine bessere Gelegenheit und eine unmittelbare Notwendigkeit für die Schaffung eines wirtschaftlichen Programms bieten wird. **Die Regierung der Vereinigten Staaten ist daher vollkommen bereit, an einer wirtschaftlichen Konferenz teilzunehmen, an der alle an den deutschen Reparationen hauptsächlich interessierten europäischen Alliierten teilnehmen würden zwecks Erwägung der Frage der Reparationsfähigkeit Deutschlands und um einen geeigneten finanziellen Plan zur Sicherung derartiger Zahlungen zu machen.** Es wird jedoch für ratsam gehalten, folgende Punkte zu betonen:

1. In Bestätigung dessen, was von dem Staatssekretär in seiner Erklärung vom letzten Dezember gesagt wurde, auf die Sie Bezug nehmen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten keinerlei Wunsch, Deutschland von seiner Verantwortlichkeit für den Krieg und von gerechten Verpflichtungen befreit zu sehen. Es dürfen keinerlei Gründe für den Eindruck bestehen, daß die Londoner Konferenz, wenn sie einberufen werden würde, irgendein derartiges Ziel hat, oder daß der Widerstand gegen die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands irgendwelche Unterstützung genießt. Es sollte klar sein, daß in der Anstrengung, die in Aussicht genommenen Ziele zu erreichen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die fundamentale Bedingung der Wiederherstellung Deutschlands, ohne welche eine Reparationszahlung unmöglich sein wird, berücksichtigt werden muß.

2. Eine derartige Konferenz sollte beratender Natur sein, nicht für den Zweck, Regierungen zu binden, die naturgemäß nicht willens sein würden, sich im voraus zur Annahme zu verpflichten, sondern geeignete Anempfehlungen durch eine gründlich informierte und unparteiische Körperschaft zu sichern, die darauf aus ist, die wichtigen schwebenden Probleme gemäß ihrer Bedeutung zu lösen."

In seinen weiteren Darlegungen geht das amerikanische Memorandum auf die Frage der interalliierten Schulden ein, die in dem Telegramm Lord Curzons angeschnitten wurde. Die amerikanische Regierung lehnt es ab, einen Zusammenhang zwischen der Reparationsfrage und der interalliierten Schuldenfrage zu konstruieren, da die Alliierten in der Lage seien, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, ohne daß die Reparationsfrage geregelt sei. Diese ablehnende Antwort wird in dem Memorandum damit begründet, daß der amerikanische Kongreß die Zuständigkeit der Regierung in dieser Frage außerordentlich beschränkt hat. Doch wenn das amerikanische Volk die Streichung der Schulden der Alliierten oder die Uebertragung der Last der deutschen Verpflichtungen direkt oder indirekt auf die Vereinigten Staaten nicht begünstigt, so habe die amerikanische Regierung nicht den Wunsch, gegen die alliierten Schuldner rücksichtslos vorzugehen. Würden in Europa gesunde wirtschaftliche Bedingungen geschaffen, die militärischen Ausgaben herabgesetzt und die Zusammenarbeit der Völker mit dem Ziel des Friedens und der Gerechtigkeit gesichert sein, so würde das auf die Regelung der interalliierten Schuldenfrage einen entsprechenden Einfluß ausüben.

Zum Schluß beantwortet das amerikanische Memorandum die von Lord Curzon gestellten Fragen. Die Entsendung eines amerikanischen Mitgliedes in die Reparationskommission wird abgelehnt, da dies nicht ohne Zustimmung des Kongreß erfolgen kann. Jedoch wird die Beteiligung eines amerikanischen Bürgers an einer von der Reparationskommission ernannten beratenden Körperschaft als zulässig erklärt. Auf die Frage, ob Amerika auch mitwirken würde, falls unter den europäischen Mächten keine Einmütigkeit erzielt werden sollte, antwortet das Memorandum, daß eine Untersuchung dann zwecklos sein würde, da finanzielle Pläne ohne die Zustimmung der direkt interessierten Mächte nicht formuliert werden könnten. Sollte der Plan „aus Mangel an Einsicht seitens der europäischen Mächte" scheitern, so müsse die amerikanische Regierung sich ihre Entscheidung darüber vorbehalten, wie sie vorgehen solle, um die Wiederherstellung des europäischen Friedens und den Wiederaufbau Europas zu fördern.

#### Baldwins Rede.

Im Anschluß an den konservativen Parteitag in Plymouth hielt der englische Premierminister Baldwin eine Rede, in der er nach Zurückweisung der gegen seine Politik gerichteten Angriffe sich mit der englischen Aktion zugunsten der Einberufung einer internationalen Konferenz, sowie mit der kritischen Lage in Deutschland befaßte. In Verbindung mit dem ersten Punkt richtete er folgenden öffentlichen Appell an Poincaré:

„Vor einiger Zeit habe ich das Vergnügen gehabt, mit Herrn Poincaré zusammenzutreffen und Beziehungen zu ihm herzustellen, die es mir vielleicht nicht zu schwierig machen werden, ihm das zu sagen, was ich jetzt zu sagen im Begriff bin. Herr Poincaré vertritt heute die Auffassung von so gut wie ganz Frankreich, und ich bitte ihn im Hinblick auf sich selbst, auf seine Nation, auf uns und auf die ganze Welt, einmal, zweimal und dreimal zu überlegen, bevor er diese Einladung ablehnt."

Bezüglich der britischen Aufforderung zur vorgeschlagenen Konferenz bemerkte Baldwin weiter, daß die bisher von den europäischen Alliierten eingegangenen Antworten alles andere als ermutigend seien. Dann ging der englische Premierminister auf die Reparationsfrage ein und erklärte, Deutschland müsse eine gerechte Buße für den Krieg bezahlen; aber um Reparationen zu bezahlen, müsse es zahlungsfähig gemacht werden. Seine Währung müsse stabilisiert werden, seine Finanzen müßten unter Kontrolle gestellt und es müßten angemessene Garantien getroffen werden, wenn die Zahlungen gesichert werden sollten. Im Hinblick auf die Ereignisse der letzten zwei Jahre müsse der Gesamtbetrag der Reparationen von neuem im Lichte der gegenwärtigen und der künftigen Zahlungen festgestellt werden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede gab Baldwin die Erklärung ab, daß England das Losreißen irgendeines Teiles Deutschlands nicht in Betracht ziehen könne.

## Kurse wie gestern.

### Dollar amtlich: 65 Milliarden.

**Die herrschenden Schwierigkeiten, sowie die fortschreitende Stillegung einzelner Industriebetriebe haben ein starkes Nachlassen der Aufträge am Devisenmarkt zur Folge. Am Markt der wertbeständigen Anleihen wirkte die beschleunigte Herausgabe von Stücken der Goldanleihe hemmend auf die Kursbewegung. Es war deshalb der Reichsbank heute wiederum ziemlich leicht, die Kurse der wertbeständigen Papiere ungefähr auf der gestrigen Höhe zu halten.**

# Die Wahlen in Oesterreich.

### Der Erfolg der Sozialdemokratie.

G. P. Wien, 23. Oktober.

Mitten in einer Welt der Reaktion, rings umgeben von Staaten, in denen die Gegenrevolution entweder mit Waffengewalt das Proletariat niedergeworfen hat oder jetzt eben drohend ihr Haupt erhebt, oder zumindest von solchen Staaten, die dem französischen Militarismus dienstbar sind, hat das österreichische Proletariat einen Sieg gegen eine Partei erfochten, die nicht nur alle Instinkte der Reaktion seit jeher in den breiten Massen meisterhaft gegen die Sozialdemokraten aufzupeitschen verstand, sondern auch noch unter dem Schutz des Ententekapitals in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten zog. Unter der Parole der angeblichen Rettung Oesterreichs durch den Völkerbund und der Zusammenfassung des ganzen Bürgertums gegen die Sozialdemokratie hatte der Führer der Christlichsozialen Partei, der Bundeskanzler und Prälat Dr. Seipel, den Wahlkampf begonnen. Wenn auch die von Seipel gewünschte Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien aus taktischen Gründen nicht zustande kam, so standen diese Parteien doch in einer einheitlichen Front gegen die Sozialdemokratie. Klerikale und Freisinnige, Antisemiten und Jüdischnationale, Großdeutsche und Tschechischnationale, Agrarier und Industrielle, Bankenvertreter und Hakenkreuzler kämpften nur gegen einen Feind, gegen die Sozialdemokratie. Selbst die Kommunisten, die kaum ein Wort gegen die bürgerlichen Parteien zu sagen wußten, waren ihnen ein willkommener Wahlhelfer gegen die Sozialdemokratische Partei.

So kam der Wahltag, und die Reaktion machte sich um so mehr Hoffnungen auf den Sieg, als ihr auch die Not des deutschen Volkes zu Hilfe zu kommen schien, denn eines ihrer stärksten Argumente gegen die Sozialdemokratie war der Vorwurf gewesen, daß sie den „Anschluß an die Mark" gewünscht haben. Die Offensive der Reaktion hatte der Arbeiterschaft gezeigt, was ihr bevorstand, wenn die bürgerlichen Parteien siegten. In einem glänzenden Ansturm, wie ihn selbst die an Siegen reiche Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie noch nicht zu verzeichnen hatte, wurde nicht nur der Angriff der Reaktion abgewiesen, sondern es ist der Sozialdemokratie sogar gelungen, ihre Positionen noch zu verstärken. Für die musterhafte Disziplin und Geschlossenheit, mit der die österreichische Arbeiterschaft ihre Kämpfe zu führen versteht, ist bezeichnend, daß die Kommunisten nicht nur kein Mandat errangen, sondern auch im ganzen Wahlkampf überhaupt keine große Rolle gespielt haben. Es ist ihnen nicht einmal gelungen, auch nur die 25 000 Stimmen, die sie bei der letzten Wahl in ganz Oesterreich aufgebracht haben, zu erhalten. Demgegenüber hat die Sozialdemokratie in ganz Oesterreich ihre Stimmenzahl nahezu um eine Viertelmillion vermehrt. Bei den Wahlen im Jahre 1920 entfielen auf sie 1 072 709, diesmal 1 300 000 Stimmen. Selbst gegenüber den Wahlen des Jahres 1919, wo die Stimmen für die Sozialdemokratie unter dem Eindruck der Revolution auf 1 211 000 Stimmen emporschnellten, hat sie diesmal ihre Stimmenzahl noch um 90 000 vermehrt. In Wien selbst stieg die Stimmenzahl von 436 147 im Jahre 1920 auf 571 686, also um 135 500, während sich die Stimmenzahl der Christlichsozialen nur von 279 285 auf 338 706, also um 59 500 steigerte.

Dieser erzielte Stimmenzuwachs kommt infolge der Aenderung des Wahlgesetzes, die von den Christlichen mit dem ausgesprochenen Zweck, die Wahlaussichten der bürgerlichen Parteien zu verbessern, vorgenommen wurde, in der Mandatszahl nicht voll zum Ausdruck. Dennoch zeigt auch die Verschiebung der Mandate das Wachstum der Partei. Im vorigen Nationalrat hatten die Sozialdemokraten 69 Mandate, die Christlichsozialen 85. Daneben gab es auch noch 20 Großdeutsche, 7 Bauernbündler und einen sogenannten Bürgerlichen Demokraten. Obwohl die Zahl der Mandate um 18, nämlich von 183 auf 165, verringert wurde, werden die Sozialdemokraten genau soviel Mandate wieder haben, wie bei der höheren Mandatszahl. Das sogenannte Ermittlungsverfahren, durch das die Mandate nach dem Proporz auf die einzelnen Parteien aufgeteilt werden, ist zwar im Augenblick noch nicht ganz beendet. Aber die Sozialdemokraten werden, das ist jetzt schon sicher, nicht weniger als 67 bis 68 Mandate erhalten. Die Christlichsozialen werden es auf 81 bis 83 Mandate bringen, werden also trotz der von ihnen so kunstvoll gemachten Wahlordnung zwei bis vier Mandate einbüßen. Ein Debacle aber bedeutet die Wahl für alle die kleinen Parteien, die im Gefolge der Christlichsozialen gegen die Sozialdemokratie anstürmten. Die Großdeutschen, die alle ihre Prinzipien, den Anschluß an Deutschland ebenso wie ihren ehemaligen Antiklerikalismus verraten haben, errangen bisher erst 4 Mandate im ersten Ermittlungsverfahren, und werden es mitsamt den ihnen nahestehenden Bauernbündlern auf nicht mehr als 17 Mandate bringen; die anderen Parteien werden überhaupt ohne Vertretung im Parlament bleiben. Daß unter solchen Umständen auch die Hoffnung der Reaktion, in die sozialdemokratische Mehrheit der Wiener Gemeindevertretung Bresche zu schlagen, zunichte werden mußte, ist klar. Die Sozialdemokraten haben mit 78 Mandaten, denen nur 41 Christlichsoziale und ein jüdischnationales Mandat gegenüberstehen, nahezu die Zweidrittelmehrheit in der Wiener Gemeindevertretung, und niemand wird die sozialdemokratische Mehrheit hindern können, ihre echt proletarische Verwaltung fortzusetzen.

## Stresemanns Rede in Hagen.

In seiner Rede in Hagen, deren Anfang wir in der Morgenausgabe brachten, führt Reichskanzler Dr. **Stresemann** fort:

Deutschland möge zu schwach sein, sich zu wehren; man könne es vergewaltigen, aber man könne es nicht zwingen, seine Unterschrift unter diese Vergewaltigung zu setzen. Die Regierung habe das letzte getan, die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang zu bringen. Sie habe die Wirtschaftsvertreter ermächtigt, mit Frankreich zu verhandeln und habe sich trotz der furchtbaren finanziellen Not des Reiches zu weitgehenden finanziellen Opfern für die Zukunft bereit erklärt, um die Summe zu garantieren, die die Wirtschaft mit Hilfe ausländischer Kredite aufbringen sollte, um die Reparationslieferungen an Frankreich auszuführen. Die Verhandlungen hätten ein Ergebnis bisher nicht gehabt, aber bis zum letzten Augenblick wolle er, der Reichskanzler, hoffen, daß sie doch noch zu einem Abschluß führten, denn, wenn das nicht geschähe, so sehe er furchtbare Folgen:

**Hungersnot, Wirrwarr und Chaos.**

Wenn es zu keinen Abmachungen komme, würden in kurzer Zeit **550 000 Bergarbeiter mit ihren Familien ohne Brot sein.** Deutschland stehe am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft. Es könne dieser Not nicht steuern und auf Frankreich falle die ganze Verantwortung für dieses furchtbare Elend. Die deutsche Regierung habe sich in dieser furchtbaren Katastrophe an die charitativen Verbände in allen Ländern, an das Rote Kreuz in der ganzen Welt gewandt, damit diese bei der bevorstehenden Hungersnot im besetzten Gebiet eingreifen, und die deutsche Regierung hoffe, daß dieser Appell an die Liebe nicht ungehört verhallen werde.

Deutschland habe vielleicht schon mehr an Reparationen geleistet, als es mit Rücksicht auf das deutsche Volk hätte tun dürfen, aber die deutsche Regierung, an deren Spitze er stehe, wäre **zu weiteren Opfern bereit gewesen für die Freiheit der deutschen Erde.** Kein materielles Opfer sei zu hoch, als daß es nicht gebracht werden könnte und müßte für die Freiheit des deutschen Volkes und des deutschen Bodens. Bei der Wahl zwischen Freiheit und Besitz werde sich ein ehrliebendes Volk für die Freiheit entscheiden. Aber im Augenblick könne Deutschland seine weiteren Leistungen aus dem Versailler Vertrag schwer erfüllen, solange Rhein und Ruhr von ihm abgeschnitten seien, und **Deutschland werde auch keine weiteren Leistungen mehr ausführen, weil die Besetzung des Ruhrgebietes eine unzulässige sei.** Deutschland lasse sich sein Recht nicht mehr beugen, ohne sich dagegen zu wehren und dagegen zu protestieren. In dieser Auffassung sei ein großer alliierter Staat Frankreichs mit uns einig. Aber so könne man wohl fragen, **was tue England, um diese Rechtswidrigkeit aus dem Wege zu räumen,** in einer Angelegenheit, in der die moralische Ehre aller Alliierten engagiert sei und bei einem Vertrage, der doch alle Unterschriften trage?

**Deutschland bettele nicht um Gnade, aber es fordere sein Recht aus dem Vertrage.**

Wenn man aus klar erkennbaren Gründen immer wieder von französischer Seite den Versuch mache, Deutschland die Alleinschuld für den Weltkrieg aufzubürden, so weise er diese Kriegsschuldlüge mit aller Entschiedenheit zurück. Deutschland habe seine Archive aller Welt geöffnet und habe sich bereit erklärt, sich einem internationalen Gerichtshof zur Beurteilung seiner Kriegsschuld zu unterwerfen. Wenn alle ein so gutes Gewissen hätten wie Deutschland, so sollten sie erst einmal dasselbe tun.

Der Reichskanzler kam dann darauf zu sprechen, daß man ihm in der letzten Zeit öfter den Vorwurf gemacht habe, er verfahre undiplomatisch, weil er mit aller Offenheit über den furchtbaren Ernst der deutschen Lage sich geäußert habe. Demgegenüber müsse er betonen, daß er sich allerdings vorgenommen habe, lieber dem Volke die volle Wahrheit zu sagen, als es in Illusionen zu wiegen, aus denen es dann ein furchtbares Erwachen gebe. So müsse er auch heute sagen, daß wir

**mit fremder Hilfe nicht zu rechnen hätten.**

Das Volk stehe allein. Es solle auch nicht bald nach dieser, bald nach jener Hauptstadt spähen, als ob von dort Hilfe kommen würde. Jeder deutsche Wiederaufbau müsse vom sittlichen Empfinden des deutschen Volkes ausgehen. Die Technik und Wirtschaft allein könnten uns nicht retten. Das Wichtigste aber sei die Lust und Freude an der Arbeit, und nur das Pflichtgefühl könne uns retten. Noch etwas anderes tue not: in diesem Augenblick, wo Deutschland von außen so schwer bedroht sei, sei nichts gleichgültiger und überflüssiger als Parteiprogramme. **Jetzt wo die Karre im Dreck stecke, sei nur der wahrhaft national, der ohne Zögern mit zufasse, sie aus dem Dreck wieder herauszuziehen,** nicht aber der, der dabei stehe und erkläre: ihr seid nicht die rechten Leute. Der Reichskanzler sagt dann, er sei gewiß ein alter Parlamentarier und wisse, daß es im politischen Streit oft hart auf hart gehe, aber es könnte nicht so weiter gehen, daß die Leute, die ihr politisches Ansehen, ja ihr Leben vielleicht aufs Spiel gesetzt hätten, als sie in die Regierung eingetreten seien, persönlich angegriffen und verunglimpft würden. Nach der Besprechung der deutschen Ministerpräsidenten, die gestern in Berlin stattgefunden hätte, hoffe er, daß das Mißverständnis zwischen Bayern und dem Reiche zu Ende sei, und es sei selbstverständlich, das wolle er nachdrücklich betonen, daß **in dem Kampfe um die Erhaltung der deutschen Pfalz die deutsche Reichsregierung Seite an Seite mit Bayern stehe.** Unter dem Schutz französischer Gewalt könnten solche Dinge wie in der Pfalz nicht gemacht werden. Da mußten die Wege gegangen werden, die die Verfassung weise. Gegen das unerhörte, vertragswidrige Verhalten des Generals de Metz in der Rheinpfalz habe die deutsche Regierung bei Frankreich Protest eingelegt und werde diesen Protest auch noch bei allen übrigen Staaten erheben. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt müsse immer und immer wieder auf diese Dinge gestoßen werden.

Gebe es bei dieser furchtbar ernsten Lage noch eine Möglichkeit optimistisch zu sein? Man könnte daran zweifeln, und doch wäre der Weg durch dieses Dunkel der Gegenwart unmöglich ohne einen Glauben, der Berge versetze, einen Glauben, der auf die Zukunft Deutschlands vertraut. Die Weltgeschichte sei das Weltgericht. Sei Deutschland sittlich nicht groß genug gewesen, um sein Schicksal zu wenden, wolle die Weltgeschichte wirklich, daß Deutschland ein hungerndes Sklavenvolk werde? Das wolle er nie und nimmer glauben. Gewiß sei die Gegenwart Not, Elend und Unterdrückung, aber im Vertrauen auf eine bessere Zukunft müßte diese Gegenwart ertragen werden. Er glaube an eine deutsche Zukunft, auf die unser deutsches Vaterland ein Recht habe. (Langandauernder, brausender Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers sang die Versammlung das Deutschlandlied.

## Deutsche Volkspartei gegen Rechtsdemagogie.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nahm am 23. Oktober nach einer mehrstündigen Beratung eine Entschließung an, die von dem Pressedienst der Deutschen Volkspartei ausdrücklich als ein „uneingeschränktes Vertrauensvotum für die Führung der Partei und das Kabinett Stresemann" bezeichnet wird. Der Aufruf ist in erster Linie gegen die deutschnationalen Angriffe gerichtet. In ihm heißt es u. a.:

„Nur einseitige Auffassung oder parteipolitische Verblendung kann den Kampf gegen die angeblich marxistisch beeinflußte Regierung des Reiches predigen. . . . Weg mit solchen törichten Schlagworten in einer Stunde, in der wir alle gemeinsam stark genug sein können, um das Reich zu bewahren. Kein Stand, keine politische Anschauung darf sich ausschließen von diesem Dienst am Vaterland, das bedroht wird in seinem Bestand von Verrätern und unerbittlichen Feinden!"

In sehr scharfen Worten wendet sich der Aufruf gegen den meuternden General v. Lossow:

„Der General jedoch, der es wagen konnte, in dieser lebensgefährlichen Stunde des Reiches durch Funkspruch an die Reichswehr den Anschein der Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Reich auf sich zu laden, **stellt sich damit außerhalb der Reihe der Soldaten,** denen die Begriffe des Gehorsams, der Treue und der ehrliebenden Hingabe an das Vaterland lebendig geblieben sind. Trotz aller politischen Zwietracht der Gegenwart. Ihn trifft das Urteil des deutschen Gewissens mit unbarmherziger Schärfe."

Der Aufruf weist deshalb „die fortgesetzten maßlosen Angriffe der Deutschnationalen auf die Deutsche Volkspartei und ihren Führer auf das entschiedenste zurück". Er schließt mit einem Appell an alle Parteien, alle Stände und Länder, das Trennende zurückzustellen und die Einheit des Reiches zu wahren.

## Reichswehr und Republik.

### Der Fall Lossow im Gerichtssaal.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stand gestern der Schriftsteller Lehmann-Rußbüldt unter der Anklage der Nötigung und Beleidigung. Nach Rathenaus Ermordung hatte das Stabsgebäude der 3. Division nicht halbmast geflaggt. Lehmann richtete für die Liga für Menschenrechte ein Schreiben an Geßler und verlangte, daß das Flaggen nachgeholt werde. Andernfalls würde dem republikanischen Volksmann bei einer bevorstehenden Demonstration nahegelegt werden, „zu überlegen, wie man die monarchistischen Offiziere der Reichswehr zum Gehorsam gegen die Republik erzieht". — Lehmann wurde unter Zubilligung der Wahrung berechtigter Interessen und des guten Glaubens zu 400 Milliarden Geldstrafe verurteilt. Unseres Erachtens hätte man seinen Brief nicht tragisch nehmen und die Anklage überhaupt unterlassen sollen.

Im Verlauf der Verhandlung, in der Herr Geßler als Zeuge auftrat, entwickelte sich folgender Dialog:

R.-A. Dr. Levi: Und was sagen Sie zum Fall Lossow?

Reichswehrminister Dr. Geßler: Das ist ein Ausnahmefall.

R.-A. Dr. Levi: Ich verweise auf die Rede des Herrn v. Lossow, er werde unter der schwarzweißroten Flagge gegen Berlin marschieren und dort den sozialistischen Krempel zusammenschlagen.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Bei dieser Rede war v. Lossow aus der Reichswehr ausgeschieden und nur noch bayerischer General.

R.-A. Dr. Levi: Gibt es das auch?

Reichswehrminister Dr. Geßler: Nach bayerischem Recht ja.

Es gibt also, die Richtigkeit des Berichts vorausgesetzt, nach Herrn Geßler ein bayerisches Recht und einen bayerischen General, der nicht mehr Reichswehrgeneral ist, der aber in nicht ganz freundlicher Absicht nach Berlin marschieren will.

Was gedenkt die Reichsregierung angesichts dieses gerichtlich festgestellten Tatbestandes zu tun?

## An die Laterne!

Das „Deutsche Tageblatt", das sich in einem schönen Untertitel selbst als „Kopfblatt der deutschvölkischen Freiheitsbewegung" bezeichnet, stürzt sich mit wahrer Wonne auf die Meldungen aus der Pfalz. In schreiender Reklameaufmachung werden die Vorgänge als „marxistischer Hoch- und Landesverrat" bezeichnet. Jede Zeile zeigt, wie schließlich den deutschvölkischen Bürgerkriegsagitatoren alles, aber auch alles zum Besten dienen muß. Nach einer „objektiven" Schilderung der Vorgänge fordert das edle Freiheitsblatt:

Wir stellen demgegenüber an die bayerische Regierung die Forderung, die marxistischen Hoch- und Landesverräter durch ein Volksgericht unverüglich in contumacium **zum Tode durch den Strang zu verurteilen und sämtliche an dem Hoch- und Landesverrat beteiligten Marxisten für vogelfrei zu erklären!** Wir stellen weiter die Forderung an die bayerische Regierung, die bayerische Landesorganisation der Vereinigten Sozialdemokratischen Marxistenpartei mitsamt ihren Unterorganisationen und Presseorganen sofort **zu verbieten und aufzulösen!**

An die Reichsregierung wäre, wenn es überhaupt einen Zweck hätte, die strikte Forderung zu richten, auch ihrerseits die **sozialdemokratische Reichspartei nebst dem „Vorwärts" zu verbieten und aufzulösen** und den gesamten Redaktionsstab des „Vorwärts" wegen Verherrlichung des Landesverrats und wegen Anreizung zu seiner Weiterführung unverzüglich vor den Staatsgerichtshof zu stellen!

Mit idiotischen Rohlingen zu diskutieren ist natürlich unmöglich, höchstens der Psychiater könnte für sie zuständig sein. Ein Interesse haben solche Aeußerungen nur deshalb, weil sie zeigen, wie sich in den Köpfen der Deutschvölkischen die Welt malt. Wie würde Deutschland aussehen, wenn das Land diesen Zerstörungskräften anheimfiele? Was würde von der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leistungsfähigkeit unseres Volkes erhalten bleiben, wenn diese Gesellen im Lande hausen könnten? Und welche Freude würde Poincaré haben, wenn diese seine besten Bundesgenossen die Zerstörung Deutschlands ungehindert im Innern betreiben könnten. Die Fragen stellen, heißt sie beantworten.

## Jungdo macht Uebungen.

### Verhaftungen in Braunschweig.

**Braunschweig,** 25. Oktober. (WTB.) Gestern abend wurden hier durch die Polizei 13 Angehörige des jungdeutschen Ordens festgenommen, die sich zur Abhaltung einer militärischen Uebung versammelt hatten. Die Festgenommenen waren im Besitz von Totschlägern und Dolchen, welche beschlagnahmt wurden. Sämtliche Verhaftete sind dem Amtsgericht zugeführt worden.

**Der Aeltestenausschuß des Reichstags** wird am Montag über den Zusammentritt des Plenums beraten.

## Arzt und hygienische Volksbelehrung.

Von Dr. med. Norbert Marx.

Unter diesem Titel sind in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" verschiedene Artikel erschienen, die sich, da sie zum Objekt die sogenannte breite Masse haben, zur Besprechung in einem Arbeiterblatt besonders eignen. Und zwar soll uns in ihnen nur die Einstellung des Arztes zum Volke interessieren. Während sich die Aufsätze in Nr. 24 und 30 allgemein mit der Wichtigkeit des hygienischen Unterrichtes in der Volksschule beschäftigen und bedauern, daß er wegen der ungenügenden Vorbildung der Lehrer nicht überall entsprechend erteilt werden könne, befaßt sich der Aufsatz in Nr. 41 mit der hygienischen Belehrung der Erwachsenen. Und hierzu muß ich als Sozialist und Arzt Stellung nehmen.

Ob der Versuch, das geistige Niveau der breiten Masse durch die Volkshochschulkurse zu heben, im großen und ganzen Fiasko erlitten hat oder nicht, soll nicht zur Debatte stehen. Wenn aber der Verfasser Dr. W. Gorn in Mannheim-Waldhof wörtlich schreibt: „derjenige Teil der Bevölkerung, der die verschiedenen Unterrichtskurse besucht, hat aus sich selbst soviel Bildungsdrang, daß er, auch ohne einer Organisation anzugehören, ein Buch in die Hand nimmt, sich über ein Thema zu unterrichten. Das Volk an sich, insbesondere die Arbeiterschaft, hält sich von den Kursen fern, wird sogar von bestimmten Kreisen zum Fernbleiben veranlaßt, da die Lehrtätigkeit in solchen Kursen meist in bürgerlichen Händen liegt", so müssen wir hierzu einige Worte sagen. Erstens dürfte auch in Mannheim ein Buch so teuer sein, daß es kein Lohnempfänger mehr erwerben kann. Zweitens zeigt diese stichelnde Bemerkung des Verfassers gegen die Arbeiterschaft, wie weit entfernt noch manche Aerzte von einer geistigen Berührung mit dem Proletariat sind und in welcher beneidenswerten Unkenntnis diese „berufenen Hüter der Volksgesundheit" sich über die Seele des Volkes befinden. Sonst wüßten sie, welcher Bildungsdrang gerade im Proletariat besteht, der nur durch unerbittlichen Kampf ums nackte Dasein nicht zur Geltung kommen kann. Glaubt aber Herr Dr. Gorn sich durch solche Angriffe das Vertrauen der Masse erwerben zu können und will er bei solcher Gesinnung das berühmte Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient erhalten?

Weiter schreibt unser Verfasser: Der Unterricht müsse von Aerzten geleitet werden, „da es sich auch um eine Prestigefrage für den ärztlichen Stand handle und im Ablehnungsfalle Laien das übernehmen, was dem Ressort ärztlicher Tätigkeit unbedingt angehöre". Zum Schluß betont er: Nur der Arzt sei der allein Maßgebende für eine Belehrung über Gewerbehygiene. Woher aber die genügende Anzahl von Aerzten für diesen Unterricht genommen werden soll, gibt er nicht an und es dürfte ihm auch sehr schwer fallen, diese Zahl bei dem mangelnden Interesse sehr vieler Aerzte für alles, was soziale Hygiene heißt, zu finden. „Eine gründliche Belehrung in der Gewerbehygiene sollte aber heute jedem, in einem technischen Betriebe Arbeitenden zuteil werden," schreibt er weiter, „nicht allein im Interesse der Gesundheit der Arbeiter, sondern auch, um Irrlehren und böswilliger Agitation über die Gefährlichkeit der gewerblichen Arbeit von vornherein das Wasser abzugraben." Dieser Schlußsatz ist wieder typisch für manche Aerzte, die in ihrer politischen Naivität (??) ihren Beruf zur Verbreitung ihrer bürgerlichen Anschauungen benutzen wollen. Es ist ein treffender Beweis für die Geistesverfassung vieler Aerzte, die glauben, sie seien nicht allein Aerzte für den Körper, sondern auch „Seelenärzte" für Seelen, die sie gar nicht kennen, ja nicht einmal den Willen haben kennen zu lernen. Trotzdem aber sind sie die berufenen Hüter und Führer der „armen, irregeleiteten, unwissenden" Masse.

Solange der Arzt, der eine andere politische Anschauung hat als der Proletarier, nicht imstande ist, sich dem Arbeiter gegenüber nur als Arzt zu benehmen, sondern „Volksaufklärung im bürgerlichen Sinne" mit seiner ärztlichen Tätigkeit verbinden will, solange kann das von uns allen gewünschte gute Einvernehmen zwischen Arzt und Patient nicht entstehen.

## „Er" und seinesgleichen.

Ich machte Kassensturz und fand zu meiner Freude noch einen Barbestand zum Genuß eines Mokkas (dritte Sorte). Schon lange hatte ich den Wunsch, mich einmal salonlöwenmäßig im Glanze von tausend elektrischen Lampen bewegen zu können. Mein Entschluß stand deshalb sofort fest: ich besuche ein Kaffeehaus! Natürlich darf es nur ein „Deutsches" sein. Da ich gerade am Potsdamer Platz war, fiel die Wahl nicht besonders schwer. Die Lichtfülle, die Musik, das Stimmengewirr, Tassen- und Gläserklapper, berauschender Wohlgeruch des neuesten Modeparfüms usw. überzeugten mich davon, daß ich mich an einer Stätte vorgeschrittener Kultur befand. Da es gerade mittags ein Uhr war, fand ich es nur zu natürlich, daß kein freier Stuhl zu finden war. Endlich ward aber doch noch einer entdeckt. Im Vollbewußtsein meines Vermögens setzte ich mich an einen Tisch, an dem bereits eine aufs modernste gekleidete Gesellschaft junger Damen und Herren saß. Selig schlürfte ich meinen braunen Trank mit dem schönen Empfinden: „Alles, alles was ich habe, dank ich dir mein „Vaterland"!"

Da trat plötzlich in den Kreis meiner Gedanken und des elektrischen Lichts der Herr Postkartenhändler. In der Mitte seines „Warenlagers", umgeben von mehr oder weniger bekleideten Schönheiten, thronte „ER", Deutschlands verflüchtigter Kaiser. Nicht im Glanze seiner Orden, sondern im schlichten Bürgerrock. Das Gesicht umrahmt vom Vollbart, machte der weiland hohe Herr ganz den Eindruck eines Holzhauers. Sich leuchtenden Auges auf das Bild zu stürzen und es gleich hernach mit umflorten Blicken zu betrachten, war für meine Tischgenossen das Werk eines Augenblicks. Jeder kaufte ein Exemplar. Da entdeckte einer in dem Kasten des „Bauchladens" runde Gläser. Es waren nicht etwa Uhrgläser, sondern Monokel. Der Umstand, daß nur die Größe des Glases zur Dimension des Auges probiert wurde, überzeugte mich davon, daß die Monokel aus garantiert unverfälschtem Fensterglas hergestellt waren. Auf die Frage eines Jünglings nach dem Preise wagte ich schüchtern zu bemerken, daß das schlichte deutsche Untertanentum und Monokel doch unzertrennliche Begriffe seien und deshalb jeder Käufer des Bildes ein solches Glas gratis erhalten müsse. Sechs Augenpaare versuchten mich zu durchbohren, aber an meinem unschuldsvollen Blick waren sie unwirksam. Als die Herren im Besitz der Monokel waren, versuchten sie noch einmal, mich zu töten, sie hatten aber das Unglück, mit dem Einklemmen des Scherbens nicht fertig zu werden. Vielleicht sahen sie jetzt ein, daß sie sich mit ihrem Benehmen zu sehr demjenigen ihres Ideals, nämlich „IHM" genähert und sich lächerlich gemacht hatten. Sie verließen deshalb schleunigst, auch ebenso wie „ER", das „Vaterland".

Karl Suckert.

**Zentral-Theater: „Der Tenor der Herzogin".** Wenn man den üppigen Segen an köstlichen Lustspielen bedenkt, den die Engländer Oskar Wilde und Bernhard Shaw über uns ergossen haben, so bekommt man immer eine gelinde Wut darüber, wie wenig bei uns da an ihre Seite treten kann. Vor allem schadet die leidige Tendenz, an der der deutsche Poet immer kleben bleibt. So auch bei dem niedlichen Lustspiel von Hilgenstein, das in den ersten zwei Akten reizend unterhält, im dritten aber an seiner „eisernen Konsequenz" langsam zugrunde geht. Trotzdem verdient es eine Auffrischung, namentlich in Anbetracht der sorgsamen Liebe, mit der man das Stück im Zentral-Theater anfaßt. Der Tenor der Herzogin, der aus wohlbekannten Gründen seine Heirat verheimlichen muß, und seine Frau bald als Geliebte, bald als Schwester ausgibt, ist Eduard Lichtenstein. Ein ausgezeichneter Charakterdarsteller, dieser Operettentenor, der auch in mehreren musikalischen Einlagen zeigt, daß es ganz gut zum ernsten Opernitenor gereicht hätte. Olga Limburg ist ihm in den ersten beiden Akten als „Grande Dame" eine ebenso lustige, wie repräsentativ wirkende ebenbürtige Partnerin. Aber als einfaches Frauchen im dritten fällt sie merkbar ab. Man wandelt nicht jahrelang ungestraft unter Rotterschen Reklamepalmen. Unter den anderen Darstellern wären Adele Hartwig als Herzogin, Berthold Rosé als famoser Hoftheaterintendant und Jeanette Bethke als Frau Oberkonsistorialrat zu nennen. Sehr dilettantenhaft war der Darsteller des Prinzen Bernhard. H. M.

**Die Victoria regia hat abgeblüht!** Wie uns die Direktion des Botanischen Gartens auf unsere Notiz über die Victoria regia mitteilt, ist die Blütezeit der interessanten Exotin soeben beendet. Wir wollen unsere Leser deshalb nicht vom Besuch des Gartens abhalten, möchten aber diejenigen, die nur wegen der Victoria regia hinzupilgern beabsichtigen, vor einer Enttäuschung bewahren.

**Volksbühne. Theater am Bülowplatz.** Wegen Erkrankung eines Mitglieds muß heute die Aufführung des „Abtrünnigen Zaren" ausfallen. Statt dessen werden die „Lustigen Weiber" gegeben.

**Paul Baders „Geiern",** das gegenwärtig in Stettin mit großem Erfolg gegeben wird, soll auch wieder auf der Berliner Bühne seinen Einzug halten. Es wird am 9. Nov. im Rose-Theater zum erstenmal gespielt werden.

## Kahr lehnt jedes Verhandeln ab.

**Kahr** läßt durch die Telegr.-Union erklären, daß er jedes Verhandeln mit der **gegenwärtigen** Reichsregierung **ablehne.**

## Der Oberbefehlshaber festgenommen.

### Der Sonderbündler in deutscher Haft.

Neuß, 26. Oktober. (WTB.) Hier wurde im Verlauf der vergangenen Nacht der „Oberbefehlshaber der Rheinarmee", Leituer, der sich mit seinem Begleiter auf der Durchreise von Duisburg nach Düren befand, **festgenommen.** Im Besitz des Verhafteten fand man **umfangreiches Material**, das ihn des **Landesverrats** sowie einer Reihe anderer Straftaten überführt, auch reichliche **Geldmittel** sowie **Waffen**. Die Insassen des **Begleitautos** konnten sich im letzten Augenblick durch Flucht ins belgische Hauptquartier der Festnahme entziehen. Der Oberbefehlshaber wurde von der zuständigen Stelle **abtransportiert**. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Der zivile Abwehrdienst arbeitet zuverlässig.

## Vorsicht vor falschen Freunden!

### An die Arbeiter in den krafterzeugenden Werken.

Die furchtbare Wirtschaftskrise, die die Arbeiterschaft begreiflicherweise erbittert, gibt wieder **politischen Abenteurern** Gelegenheit, um die Arbeiter in den **Elektrizitätswerken** zu werben. Sie sollen wieder, infolge ihrer öffentlichen Bedeutung, den verschiedensten Zwecken als Vorspann dienen. Im allgemeinen ist es der unterzeichneten Organisation gelungen, die Arbeiter der Elektrizitätswerke vor Mißbräuchen zu behüten. Diese Bemühungen waren besonders für die **strombeliefernden Werke der Stadt Berlin** von Erfolg. Da aber die große Not immer wieder Anlaß zu Wühlereien nichtgewerkschaftlichen Charakters bietet, wenden wir uns an die betreffenden Arbeiter mit der Aufforderung, nur den Weisungen Folge zu leisten, die von der für die Krafterzeugung maßgebenden Organisation, dem **Zentralverband der Maschinisten und Heizer**, erteilt werden.

Dabei ersuchen wir unsere Mitglieder, besonders folgendes zu beachten: Der bestehende Belagerungszustand würde bei einem nicht gewerkschaftlichen Streik in öffentlichen Betrieben der **Militärgewalt** Anlaß zum Eingreifen geben. Als weitere Folge würde die **Technische Nothilfe** auf der Bildfläche erscheinen und überflüssigerweise deren Daseinsberechtigung motiviert werden können.

Niemals war es notwendiger als jetzt, die Arbeiter der stromerzeugenden und verteilenden Betriebe geschlossen zu halten, denn gar bald könnte es notwendig sein, sie gegen einen Rechtsputsch usw. in Aktion treten zu lassen. **Wir richten deshalb an alle Arbeiter dieser Betriebe im ganzen Reich das Ersuchen, nur der Parole Folge zu leisten, die von der Zentrale des unterzeichneten Verbandes erlassen werden.** Lange genug haben unsere Kollegen allen möglichen Parolen gefolgt. Dieser wilde Zustand muß ein für allemal beendet sein. Ihr seid und bleibt eine gewerkschaftliche Kampftruppe einer freien demokratischen Republik, aber nur dann, wenn ihr geschlossen den Weisungen eurer Organisation folgt.

**Der Vorstand**
**des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer Deutschlands.**

## Die Strafanträge in Kottbus.

Im Buchrucker-Prozeß begannen heute morgen die Plädoyers. Der erste Vertreter der Anklage, Landgerichtsdirektor Heucke, beleuchtete in einer halbstündigen politischen Einleitung die ganze innenpolitische Situation und die Tätigkeit der Rechtsorganisationen in der letzten Zeit sowie die politischen Zusammenhänge. Er kam zu dem Ergebnis, daß der **Küstriner Putsch nicht als Einzelerscheinung**, sondern als **Teilausschnitt aus einem von langer Hand vorbereiteten rechtsradikalen Unternehmen** zu bewerten sei.

Die eigentliche Anklage vertrat dann Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herrmann. Er hielt die Anklage in vollem Umfang aufrecht, und zwar auf **Hochverrat** gegen **Buchrucker** und **Herzer** und bei den übrigen Angeklagten **Beihilfe zum Hochverrat**. Auch er erklärte, daß es sich um ein **großangelegtes einheitliches Unternehmen** handelte, zu dem der Küstriner Putsch, der als solcher das Rad im Uhrwerk war, den Anstoß geben sollte. Die Angeklagten haben einen Augenblick höchster innen- und außenpolitischer Not des Reiches benutzt, um das Vaterland mit ihrem Unternehmen an den Rand des Abgrundes zu bringen, sie sind dabei auf das Brutalste vorgegangen und haben sich nicht einmal gescheut, auf ihre eigenen Brüder anzulegen. Was glauben wohl die Angeklagten, wäre **preußischen Offizieren** von dem **König von Preußen** passiert, die sich erlaubt hätten, zur Unterstützung ihrer Forderung die Forts ihrer Festung zu besetzen, den Kommandanten gefangenzunehmen und Kanonen auffahren zu lassen? In Würdigung aller Tatumstände kam Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herrmann zu folgenden Strafanträgen:

Gegen den Hauptangeklagten Major **Buchrucker** **unter Versagung mildernder Umstände lebenslängliche Festungshaft** sowie **dauernder Verlust des Rechts zur Bekleidung öffentlicher Aemter**, gänzlicher und dauernder Verlust des Ruhegehalts, Unfähigkeit zum Tragen der Offiziersuniform.

Gegen den zweiten Hauptangeklagten Major **Herzer** unter **Gewährung mildernder Umstände 12 Jahre Festungshaft**, im übrigen die Nebenstrafen wie bei Buchrucker.

Gegen die **übrigen** 12 Angeklagten **Festungsstrafen von 5 bis 3 Jahren.**

**Ein Unstern.** Ueber unsere Mitteilungen über die Steuerabzüge waltet ein Unstern. Auch in der Veröffentlichung von heute morgen hat wieder der Druckfehlerteufel gehaust. Für die Woche vom 21. bis 27. Oktober gilt nicht das **Dreihundertzehnfache** der Grundzahl, sondern, wie die angeführten Ziffern richtig ergeben, das **Zweihundertzehnfache**. Die Grundzahl der Abzüge für die Ehefrau **beträgt 172 800, nicht, wie bei uns zu lesen war, 1 728 000!**

| | 26. Oktober | | 25. Oktober | |
|---|---|---|---|---|
| | Käufer (Geld-) Kurs in Tausend | Verkäufer (Brief-) Kurs in Tausend | Käufer (Geld-) Kurs in Tausend | Verkäufer (Brief-) Kurs in Tausend |
| 1 holländ. Gulden . . . . | 21583500 | [illegible] | [illegible] | [illegible] |
| 1 argent. Papier-Peso . | 10950000 | [illegible] | [illegible] | [illegible] |
| 1 belgischer Frank . . . . | — | — | 3132150 | 3147850 |
| 1 norwegische Krone . . . | 9675750 | [illegible] | 9675750 | 9724250 |
| 1 dänische Krone . . . . . | 10972500 | 11127500 | 10972500 | 11027500 |
| 1 schwedische Krone . . . . | 16538500 | 16641500 | 16538500 | 16641500 |
| 1 finnische Mark . . . . . | — | — | 1675800 | 1684200 |
| 1 japanischer Yen . . . . . | — | — | 30942850 | 31077500 |
| 1 italienische Lira . . . . | 2793000 | 2807000 | 2793000 | 2807000 |
| 1 Pfund Sterling . . . . | 284287500 | 285712500 | 284287500 | 285712500 |
| **1 Dollar** . . . . . . . . . | 64837500 | 65162500 | **64837500** | **65162500** |
| 1 französischer Frank . . . | — | — | 3870800 | 3889200 |
| 1 brasilian. Milreis . . . | — | — | 5985000 | 6015000 |
| 1 Schweizer Frank . . . . | — | — | 11271750 | 11328250 |
| 1 spanische Peseta . . . . | — | — | 8379000 | 8421000 |
| 1 österr. Krone (abgest.) . | — | — | 88 | 89 |
| 1 tschechische Krone . . . | — | — | 1875300 | 1884700 |
| 1 ungarische Krone . . . | — | — | 349125 | [illegible] |
| 1 bulgarische Lewa . . . | — | — | 602490 | 605510 |
| 1 jugoslaw. Dinar . . . . | — | — | 78305750 | 786912 |

## Die Kehrseite.

Die Gerechtigkeit erfordert es, daß man auch mal die Kehrseite der Medaille von jenen Klagen wegen der Preisfestsetzung durch die städtischen Werke betrachtet. Ueber dieses Thema ist ja in den letzten Wochen unendlich viel Tinte verspritzt und Druckerschwärze verschmiert worden, und die lieben Kollegen von der rechtsstehenden Presse haben emsig die Bleifedern geschärft und mit haarscharfer Spitze in der Hauptsache aus dem Grund gegen die Preisberechnung der städtischen Werke geschrieben, weil sie letzten Endes dem „roten" Berliner Magistrat eins auswischen wollten. Gewiß sind Härten von seiten der städtischen Werke vorgekommen, und die berechtigten Klagen und Beschwerden sind auch an dieser Stelle voll gewürdigt worden.

Die Gerechtigkeit verlangt, daß, wie gesagt, man nun mal auch die andere Seite beleuchtet, die nur sehr wenigen bekannt ist und jedenfalls auch den **städtischen Werken** unbekannt ist, deren **Aufmerksamkeit** und Wachsamkeit **durch diese Zeilen aufgerufen werden soll.** Es gibt nämlich liebe Leute, die mit großem Geschick und voll innerer Freude die städtischen Werke neppen. Und das wird so gemacht: Da seit ein paar Wochen bereits das Ablesen von Gasuhr und elektrischen Zähler mit großer Regelmäßigkeit alle vierzehn Tage, und immer an demselben Tage für einen bestimmten Häuserblock erfolgt, man also genau weiß, wenn der Beauftragte der städtischen Werke kommt, um abzulesen und zu kassieren, läßt man ihn einfach nicht in die Wohnung. Dann lesen diese Neunmalklugen selbst ab, wobei sie natürlich jedesmal ein paar Kilowattstunden oder ein paar Kubikmeter mehr angeben, als tatsächlich verbraucht sind. Auf diese Weise werden die städtischen Werke auf doppelte Weise geschädigt. Einmal kommen sie später zu ihrem Geld, das durch die Verzögerung der Zahlung natürlich entwertet wird, und zum anderen geht ihnen Geld verloren, weil die zuviel angegebenen Kilowattstunden oder Kubikmeter später und zu einem inzwischen bedeutend erhöhten Preis hätten bezahlt werden müssen.

Dieses Verfahren, das man nicht anders als Nepp an den städtischen Werken nennen kann, kennzeichnet so recht eine gewisse Kategorie gewissenloser Leute, die immer nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind und niemals an die Allgemeinheit denken. Die städtischen Werke aber dienen der Allgemeinheit und müssen im Interesse der Allgemeinheit erhalten bleiben.


# Der Zusammenbruch

droht nicht der Wirtschaft in Reich, Staat und Gemeinde allein, wenn nicht schnelle Abhilfe erfolgt. Er droht auch

# der politischen Organisation

in Berlin, wenn nicht alle Parteigenossen und Republikaner sich aufraffen und sich von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung derselben überzeugt halten. — Die Lahmlegung der Organisation in Berlin kann nur

# abgewehrt

werden, wenn alle, die dazu in der Lage sind, **schnell** und **reichlich** freiwillige Beiträge für den **Kampffonds** auf Postscheckkonto Nr. 48743 an **Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3,** einschicken.


## Die Erwerbslosen und der 500-Milliarden-Schein.

Durch die Presse ging dieser Tage die Mitteilung, daß die Reichsbank beabsichtigt, **500-Milliarden-Scheine** herauszugeben, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen. Welche unliebsamen Szenen die Verabfolgung der **50-Milliarden-Scheine** bei den Auszahlungen der Erwerbslosenunterstützung bereits nach sich zog, zeigte sich letzthin im **Bezirksamt Friedrichshain.** Am Sonnabend früh veröffentlichten die Zeitungen die Erhöhung der Sätze um das Achtfache, während das Arbeitsamt erst gegen Mittag telephonisch die Erhöhung der Sätze erfuhr. Am Sonnabend um 8 Uhr morgens stellen sich die Erwerbslosen pünktlich ein, um die erhöhten Sätze in Empfang zu nehmen. Leider konnte das Arbeitsamt trotz aller Bemühungen die erforderliche Summe von rund 50 Billionen von der Stadthauptkasse und von der Reichsbank nicht erhalten. Endlich am späten Nachmittag kommt das Geld. Immer noch belagern die Erwerbslosen seit morgens 8 Uhr die Räume. Aber auch jetzt kann die Auszahlung nicht begonnen werden, weil die Reichsbank nur Werte von **50 Milliarden** verausgabt hat und diese nicht gewechselt werden konnten. Man bedenke, was das bedeutet, wenn jeder Arbeitslose rund 2 Milliarden erhält. Um wenigstens dem augenblicklichen Hunger der Erwerbslosen abzuhelfen, setzte sich das Bezirksamt mit der Garnisonbäckerei in Verbindung und es gelang ihm, jedem Erwerbslosen **ein halbes Brot** zu verabfolgen. Hätten die Erwerbslosen noch am Sonnabend die ihnen zustehenden Sätze erhalten, so würden sie dafür wenigstens ein Brot erhalten haben, am Montag reichte die Unterstützung dafür leider nicht mehr. Auch am Mittwoch dieser Woche erhielt das Arbeitsamt die ersten Beträge erst um 5 Uhr nachmittags. Die Folge davon war, daß die Beamten und Angestellten die letzten Zahlungen erst **um 2 Uhr nachts leisten konnten.** Für die am Donnerstag notwendigen Summen hat die Reichsbank 500-**Milliardenscheine** zur Verfügung gestellt. Das bedeutet in der Praxis, daß die Auszahlung auch in Zukunft nicht glatt erfolgen kann und sich die unliebsamen Vorkommnisse vom Sonnabend in verstärktem Maße wiederholen werden.

Diese Mißstände müssen beseitigt werden. Soweit die Beamten und Angestellten des Bezirksamts in Frage kommen, ist alles getan worden, die Auszahlung so schnell wie möglich zu erledigen. Die Folgen, die sich bei der jetzigen Massenarbeitslosigkeit durch eine derartige Verzögerung entspinnen können, sollten den zuständigen Stellen eine Warnung sein. Es ist Pflicht des **Reichsfinanzministers** bzw. der **Reichsbankleitung**, dafür zu sorgen, daß die Anweisung der Gelder, die für die Erwerbslosen benötigt werden, rechtzeitig und in kleineren Werten von 5 und 10 Milliarden herausgegeben werden. — Gott hab' Herrn Havenstein selig! —

### Verdoppelte Verkehrstarife ab morgen.

Die **Straßenbahn** wird von morgen, Sonnabend, ab folgende Fahrpreise erheben: Umsteigefahrschein 1½ Milliarde, Kinderfahrschein 800 Millionen, Hochbahnumsteigefahrschein 2½ Milliarden.

Die **Hoch- und Untergrundbahn** wird folgende Fahrpreise nehmen: 3. Klasse: 1 Milliarde und 1½ Milliarden; 2. Klasse 1½ und 2 Milliarden. **Blocks:** 3. Klasse 8½ Milliarden und 12½ Milliarden, 2. Klasse 12½ und 17 Milliarden. **Wochenkarten** zu 12 Fahrten: 3. Klasse 12½, 2. Klasse 17 Milliarden.

### Was du nicht willst . . . .

Auf dem **Postamt Neukölln-Britz** wurde einem Sozialrentner die Summe von 1 770 225 000 M. gezahlt, davon die 225 000 M. in **vier Hundert**- und der Rest in 5-, 10- und **20 000-Mark-Scheinen.** Wie uns versichert wird, war der Empfänger nicht der einzige, der mit diesen Scheinen „beglückt" wurde. Es mutet wie Hohn an, daß dieselbe Postbehörde, die jeden Einzahler mit kleinen Geldscheinen, selbst in 1- und 2-Millionen-Scheinen zurückweist, ausgerechnet den Aermsten der Armen diese Lappen in die Hand drückt. Vielleicht beherzigt die Reichspost das schöne Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!"

## Die Postgebühren ab 1. November.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. November 1923 an im Post- und Postscheckverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

**Postkarten im Ortsverkehr** 10 Millionen Mark, **Briefe im Ortsverkehr** bis 20 Gramm 20 Millionen Mark, über 20 bis 100 Gramm 30 Millionen Mark, über 100 bis 250 Gramm 50 Millionen Mark und über 250 bis 500 Gramm 60 Millionen Mark.

**Postkarten im Fernverkehr** 20 Millionen Mark, **Briefe im Fernverkehr** bis 20 Gramm 50 Millionen Mark, über 20 bis 100 Gramm 70 Millionen Mark, über 100 bis 250 Gramm 80 Millionen Mark und über 250 bis 500 Gramm 90 Millionen Mark.

**Pakete** in der ersten bis dritten Zone bis 3 Kilogramm 250, 500 und 500 Millionen Mark, 5 bis 6 Kilogramm 400, 800 und 1200 Millionen Mark, 6 bis 7 Kilogramm 450, 900 und 1350 Millionen Mark, 7 bis 8 Kilogramm 500, 1000 und 1500 Millionen Mark, 8 bis 9 Kilogramm 550, 1100 und 1650 Millionen Mark, 9 bis 10 Kilogramm 600, 1200 und 1800 Millionen Mark.

**Zeitungspakete** bis 5 Kilogramm in der ersten bis dritten Zone 170, 340 und 340 Millionen Mark.

**Postanweisungen** bis 500 Millionen Mark 20 Millionen Mark, über 500 bis 1000 Millionen Mark 30 Millionen Mark, über 1000 bis 5000 Millionen Mark 50 Millionen Mark, über 5000 bis 10 000 Millionen Mark 60 Millionen Mark, über 10 000 bis 30 000 Millionen Mark 80 Millionen Mark und 30 000 bis 50 000 Millionen Mark 100 Millionen Mark.

Für **Rohrpostsendungen** beträgt das Porto, wenn der Aufgabe- und Bestimmungsort innerhalb des Geltungsbereiches der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegt, für die Rohrpostkarte 120 Millionen Mark und für den Rohrpostbrief 140 Millionen Mark. Liegt jedoch der Aufgabe- oder Bestimmungsort außerhalb des Geltungsbereiches der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin, so kostet die Rohrpostkarte 130 Millionen Mark und der Rohrpostbrief 170 Millionen Mark.

Für bar eingezahlte **Zahlkarten** bis 1 Milliarde Mark 10 Millionen Mark, über 1 bis 5 Milliarden Mark 20 Millionen Mark, über 5 bis 10 Milliarden Mark 30 Millionen Mark, über 10 bis 30 Milliarden Mark 40 Millionen Mark, über 30 bis 50 Milliarden Mark 50 Millionen Mark und über 50 Milliarden Mark 60 Millionen Mark.

Die **Auslandsgebühren** betragen ab 1. November für **Postkarten** 120 Millionen Mark, jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei nur 90 Millionen Mark. **Briefe** bis 20 Gramm kosten 200 Millionen Mark, und jede weiteren 20 Gramm 100 Millionen Mark mehr. Briefe nach Ungarn und der Tschechoslowakei bis 20 Gramm 150 Millionen Mark, und jede weiteren 20 Gramm 100 Millionen Mark mehr.

### Bankenfrühstück.

Von der allgemeinen Not bleiben auch die **Banken** nicht verschont, will man uns glauben machen. In scharfem Gegensatz zu dieser Klage steht ein Frühstück, mit dem die **Cöpenicker Bank** am 15. Oktober 1923 ihre Berliner Niederlassung in der Roßstraße eingeweiht hat. Nach der Speisenkarte, die auf gutem Kartenpapier mit Goldschnitt sauber gedruckt war, hat das kalte Büfett folgende auserlesenen Genüsse:

Caviar auf Toast — Geräucherter Aal — Krebsschwänze in Aspic — Lachsschinken — Anchovis — Sardellen — Bismarckheringe — Rollmops in Remoulade — Gabelbissen — Clubsardinen in Oel — Tomatensardinen — Krabbenmayonnaise.

Taschen von rohem und gekochtem Schinken — Appetitbrötchen — Tartarschnittchen — Cervelas in Scheiben — Mortadella — Ochsenzunge — Sandwiches — Russische Eier — Illustrierte Gurken — Gefüllte Liebesäpfel — Ochsenmaulsalat.

Medaillons von Geflügelleber — Gans in Aspic — Kalbshirn vinaigrette — Cassler Rippespeer — Roastbeef mit Remoulade — Junge Gansbraten.

Spargel-Mascotte — Marinierte Pilze — Rote Rüben — Italienischer Salat — Heringssalat.

Verschiedene Käse — Käsestangen — Casanova-Kästchen — Radieschen.

Tafel-Aquavit — Feinster Weinbrand — Cacao-Likör — Ganz feiner alter Sherry — Alter Portwein — 1915er Château Margaux — 1920er Lehmann Würzlay — 1920er Dienheimer Guldenmorgen.

In einer Zeit, wo in **Berlin viele Hunderttausende bei trockenem Brot hungern**, muß eine derartige Schlemmerei befremden. Was mag das Vergnügen gekostet haben, und wie vermag eine so kleine Bank die Kosten zu decken? Ein Zufall wollte es, daß am folgenden Tage just in der Roßstraße nahe dem Geschäftslokal dieser Bank eine Hungerdemonstration der Erwerbslosen sich abspielte.

**„Volk und Zeit"**, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

**Hilfsaktion für die Potsdamer Erwerbslosen.** In Potsdam haben gestern die Erwerbslosen den ganzen Tag über Umzüge veranstaltet. Gegen Abend erzwang sich ein Teil von Arbeitslosen die Hergabe von Brot. Gegen Abend hatte ein großer Teil der Geschäftsleute ihre Läden geschlossen. Um der furchtbaren Not der Bedürftigen abzuhelfen, vereinigten sich gestern nacht die **Bankiers von Potsdam** zu einer Beratung. Das Bankhaus B. Bernhardt stiftete 100 Dollar Goldanleihe zu Mehl, die gleiche Summe gab das Bankhaus Marcus u. Söhne, eine Getreidefirma stiftete 25 Zentner Mehl. Die Potsdamer Bäcker haben sich dahin verständigt, **das Brot für die Erwerbslosen unentgeltlich zu backen.** Sämtliche Banken waren vertreten, nur die Potsdamer Kreditbank hatte sich von der Hilfsaktion ausgeschlossen.

**Zum Prozeß gegen die Wilmersdorfer Postdiebe** war auch die **Frau des Angeklagten Handrick** als Verurteilte aufgeführt. Vom Rechtsanwalt Dr. Frey werden wir ersucht, diese Tatsache dahin richtigzustellen, daß Frau Handrick **weder an der Straftat** ihres Mannes **beteiligt, noch** in dem Prozeß gegen die Wilmersdorfer Postdiebe **angeklagt oder verurteilt worden ist.**

**Arzthonorar auf Goldbasis.** Entsprechend dem Vorgehen anderer Berufsgruppen haben die Honorarkommissionen der Aerztekammer und der Aerztebund Groß-Berlin beschlossen, künftighin das Arzthonorar in der Privatpraxis auf Goldbasis festzusetzen. Beide Körperschaften betonen jedoch, daß die Aerzte **nach wie vor auf Minderbemittelte volle Rücksicht nehmen** werden.

**Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.** Der Zuschlag für die Vorstellung am Sonntag, 28. Oktober, im Neuen Theater am Zoo beträgt nicht 400, sondern **500 Millionen pro Karte.**

**22. Vorführung wissenschaftlicher Filme des Bildungsausschusses Treptow-Baumschulenweg** in der Treptower Sternwarte Freitag, den 26. d. Mts., 7½ Uhr. Programm u. a.: In einem Stahlwalzwerk, Legen von Telephonkabeln, Die Schildkröte, Eine Reise auf Cap Polonio nach Südamerika, Der kleine Häwelmann (Trickfilm). Eintritt 60 Millionen im Vorverkauf. Die Genossen der anliegenden Abteilungen werden gebeten, durch ihren Besuch den Abend zu unterstützen.

### Wetter für morgen.

**Berlin und Umgegend.** Fortdauernd mild, überwiegend bewölkt, mit Regenfällen bei starken westlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**51. Die Funktionärkonferenz findet nicht heute Freitag, sondern morgen** Sonnabend, abends 7 Uhr, bei Kaiser statt.

**134. Alt-Glienicke.** Sonnabend, den 27., abends ½8 Uhr, **Funktionärsitzung** im Jugendheim am Falkenberg.

# Gewerkschaftsbewegung

## „Vorkriegsarbeitszeit".

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände läßt durch die ...ll. der Mitwelt feierlich verkünden, daß ihr der Entwurf eines vorläufigen Arbeitszeitgesetzes, der dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegt, nicht weit genug geht. Diese Vereinigung „steht einmütig auf dem Standpunkt, daß der im Interesse der Volksgesundheit notwendige Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur möglich ist, wenn ihr die Wiederherstellung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit ermöglicht wird. Namentlich kann auch dann nur die wirtschaftliche Möglichkeit gegeben werden, die Ueberschreitung der Weltmarktpreise bei sehr vielen Erzeugnissen zu unterbinden und die daraus fließenden erneuten Gefahren für die gesamte deutsche Wirtschaft zu beseitigen".

Das Unternehmertum, das sich heute weit mehr mit der Spekulation als mit der Produktion befaßt, scheint sich nicht recht klar darüber zu sein, daß es für seinen Vorstoß zur Verschärfung der scharf zugespitzten wirtschaftlichen Situation den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt ausgesucht hat. Man muß sich unwillkürlich fragen, woher das Unternehmertum den Mut und das Recht hernimmt, die Vorkriegsarbeitszeit zu fordern, just in dem Moment, in dem es einen großen Teil der Arbeitnehmer angeblich aus Mangel an Aufträgen auf die Straße gesetzt hat, einen anderen nicht geringen Teil nur noch 24 Stunden arbeiten läßt und mit weiteren Entlassungen droht.

Haben denn die führenden Herren der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die doch nicht allesamt als Trabanten von Stinnes angesprochen werden können, auch nur die geringste Kenntnis von der verzweifelten Lage der Arbeitnehmerschaft? Wissen sie nicht, daß selbst die noch vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten die Beschaffung der allernotwendigsten Lebensmittel von ihrem Papierlohneinkommen nicht mehr bestreiten können; daß die Not der Kurzarbeiter und Erwerbslosen zum Himmel schreit? Wie glauben sie den Arbeitnehmern, die sie noch nicht einmal eine Stunde in der ganzen Woche beschäftigen zu können behaupten, wie denken sie den Arbeitern, die sie nur bis zu 24 Stunden in der ganzen Woche arbeiten lassen, die Notwendigkeit einer wöchentlichen Arbeitzeit von 54 bis 60 Stunden nachweisen zu können? Dieser auffallende Widerspruch zwischen der Praxis der Unternehmer, die bei alledem mit der gänzlichen Stillegung ihrer Betriebe drohen und ihrer Forderung der Vorkriegsarbeitszeit, muß doch in den Kreisen der verhungernden und verzweifelnden Arbeitnehmerschaft geradezu als eine Verhöhnung und Provozierung aufgefaßt werden.

Wo sind denn die Unternehmer, die so viele Aufträge haben, um sie in 48stündiger Arbeitswoche nicht bewältigen zu können? Wo sind die Arbeitnehmer, die so hirnverbrannt wären, unbedingt notwendige Ueberstunden zu verweigern? Wer irgend hindert die Unternehmer daran, in drei Schichten arbeiten zu lassen, ununterbrochen während 24 Stunden jeden Tag, während 144 Stunden in der Woche?

Um all das dreht es sich bei dem Verlangen der Unternehmer nicht. Der „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" kann bei der bestehenden Arbeitszeit mit Hilfe eventuell notwendiger Ueberstunden sehr wohl geschehen, wenn nicht die Absicht besteht, diesen Wiederaufbau zu sabotieren.

Mögen die Herrschaften doch deutlich aussprechen, was sie denn eigentlich wollen. Die notwendige Produktion für den Inlandmarkt erscheint ihnen nicht lohnend. Sie wollen keine Produktion um der Produktion willen, sondern Produktion für den Auslandmarkt, zur Spekulation. Zur Unterbietung der Preise auf dem Auslandmarkt wollen sie die deutsche Arbeitnehmerschaft ganz und gar auf die Kulistufe herabdrücken, für ihre Hungerlöhne längere Arbeitszeit fordern, eine Riesenarmee Arbeitsloser schaffen, so daß sie über die beschäftigten Arbeiter unausgesetzt die Hungerpeitsche schwingen können. Ist das die Absicht, dann täuschen sich die Spekulanten über ihre Macht, sie durchzusetzen. Ist sie das nicht, dann müssen sie schon durch Vollbeschäftigung in 48 Stunden den Nachweis liefern, daß diese Arbeitszeit nicht ausreicht.

Der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände raten wir zum Schlusse, für ihre Mitglieder das Werk von Henry Ford zu beschaffen, des erfolgreichsten amerikanischer Unternehmers, es ihnen zu eifrigem Studium zu empfehlen und daraus die Nutzanwendung zu ziehen: zu produzieren anstatt zu spekulieren. Die Arbeitnehmerschaft wartet nur auf Arbeit, unter Bedingungen, die ihr neben dem frivolsten Luxus auf der Seite der Saboteure der Wirtschaft die nackte Lebensmöglichkeit gewährleistet.

### Angestelltentarif in der Berliner Metallindustrie.

Zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den AfA-Gewerkschaften ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

1. Beginnend am Freitag, den 26. Oktober 1923, erhalten alle Angestellten täglich eine Vorschußzahlung in nachfolgender Höhe, wobei als Broteinheit zu rechnen ist der Papiermarkpreis für 1 Brot, der für den Tag der Zahlung gilt.

Es erhalten: a) verheiratete männliche Angestellte mit Kindern den Papiermarkpreis für drei Brote; b) verheiratete männliche Angestellte ohne Kinder und weibliche Angestellte mit Kindern den Papiermarkpreis für zwei Brote; c) ledige männliche Angestellte über 18 Jahre und weibliche Angestellte über 18 Jahre ohne Kinder den Papiermarkpreis für ein Brot; d) jugendliche Angestellte beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren den Papiermarkbetrag für ein halbes Brot.

Diese tägliche in Brotpreis ausgedrückte Zahlung gilt als Schichtzahlung und ist in voller Höhe für jede angefangene Schicht zu gewähren. Die Auszahlung hat nach Möglichkeit nach Schluß der Arbeitszeit zu erfolgen. Ist eine Zahlung nach Schluß der Arbeitszeit nicht möglich, so kann die Zahlung innerhalb der Arbeitszeit, jedoch nur ohne Arbeitszeitverlust vorgenommen werden. Die zur Auszahlung gelangenden Beträge sind auf volle 500 Millionen Mark aufzurunden. Für Urlaubs- und Krankheitstage werden die täglichen Vorschußzahlungen nicht gewährt. Als Verheiratete gelten alle Angestellten, die Ehefrauenzulage erhalten, als Angestellte mit Kindern solche, die Kinderzulage beziehen.

Die Vereinbarung gilt vorläufig bis Ende Oktober, wobei sich die Parteien eine Verlängerung vorbehalten. Die bis Ende Oktober geleisteten täglichen Vorschußzahlungen werden auf die endgültigen Oktoberbezüge angerechnet. Die Bemessung der Gesamthöhe der Oktoberbezüge wird nicht dadurch beeinflußt, daß die Höhe der täglichen Vorschußzahlungen ausschließlich auf den Brotpreis abgestellt ist.

2. Am Freitag, den 26., spätestens am Sonnabend, den 27. Oktober, erhalten alle Tarifangestellten, soweit es technisch möglich ist und die notwendigen Zahlungsmittel vorhanden sind, eine weitere Vorschußzahlung in Höhe von 30 September-Bruttoeinkommen.

Die Brotgeldzahlung wird hiervon nicht abgezogen.

Die Beträge sind auf volle Milliarden Mark aufzurunden.

AfA-Metallkartell. Günther. Kaspar. Rathe.

### Tarifstreit im Bankgewerbe.

Zu dem neuen Konflikt im deutschen Bankgewerbe teilt der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mit, daß, wie er zuverlässig erfahren habe, die Bankleitungen beabsichtigen, für diese Woche Gehaltserhöhungen auszuzahlen, die um das Zweieinhalb- bis Dreieindrittelfache höher liegen als die Angestelltenbezüge in der vorigen Woche. Die Bankangestelltenorganisationen erklären jedoch, daß diese Erhöhugnen bei weitem nicht das wirkliche Ausmaß der Teuerung in den letzten sieben Tagen berücksichtigen. Nach ihren Berechnungen müßten jetzt, wenn eine Vorausschätzung der Geldentwertung bis zum kommenden Montag eingerechnet werde, ungefähr verachtzehnfacht werden. Die Gehälter sollen deshalb von den Angestellten nur unter Vorbehalt einer späteren endgültigen Regelung angenommen werden.

### Lohnregelung im Kohlenbergbau.

Für die Lohnwoche vom 22. bis 29. Oktober 1923 wurden die Löhne in den Bergbaubezirken, ausgenommen Mitteldeutschland und Bayern, durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgesetzt: Der gefällte Schiedsspruch sieht eine Lohnerhöhung von 400 bis 438 Proz. vor. Danach beträgt der Durchschnittslohn einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes im Ruhrbezirk 49 215 615 000 M. Im oberschlesischen Steinkohlenbezirk 34 Milliarden, im sächsischen Steinkohlenbezirk 31 Milliarden je Schicht. Die Verhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk und den bayerischen Kohlenbergbau werden morgen festgesetzt werden.

### Lohnbewegung im Bergbau.

In Sachsen ist die Belegschaft der Hirschfelder Braunkohlenwerke in den Ausstand getreten. Auch im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier ist der Streik ausgebrochen, nachdem eine Betriebsrätevollversammlung beschlossen hatte, sich mit dem Generalstreik der mitteldeutschen Bergarbeiter solidarisch zu erklären. Die Ursache zum Streik ist neben der Unterstützung der mitteldeutschen Bergarbeiter auch die Reichsexekutive gegen Sachsen. Durch den Streik ist auch das staatliche Elektrizitätswerk in Hirschfeld stillgelegt worden, das den größten Teil Sachsens sowie den größten Teil der preußischen Oberlausitz und Nordböhmens mit Strom versorgt. Die industriellen Unternehmungen mußten die Betriebe schließen. Die Zeitungen konnten nirgends erscheinen. Am Abend lag ganz Ostsachsen und ein Teil der Oberlausitz vollständig im Finstern.

Die Kursächsischen Braunkohlenwerke haben die gesamte Belegschaft entlassen, da sie der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht nachkam.

Auf der Grube „Stadt Görlitz" steht die Belegschaft seit Dienstag im Streik. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die gewerblichen Betriebe in Görlitz sind verhindert, die Straßenbahn stellte den Betrieb ein.

**Die Lohnmeßzahl der Angestellten und Arbeiter** wurde in den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen für die laufende Woche auf 10 Millionen festgesetzt und die Meßzahl für die Beamtenbezüge für das vierte Monatsviertel auf 2,031 Millionen.

**Neue Löhne in der Lederwaren-Industrie.** Auf alle Zeit- und Akkordlöhne ohne Unterschied in Höhe des Verdienstes erfolgt für die Lohnwoche vom 19. bis 25. Oktober ein Aufschlag von 550 Proz. Der Lohn eines Facharbeiters beträgt somit 2231 Millionen Mark.

**Berichtigung.** Der Stundenlohn für Bauhilfsarbeiter für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober beträgt 6650 Millionen. Der in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts" bekanntgegebene Lohn von 6825 Millionen gilt für Kalkschläger, Wasserträger, Rüster und Zementarbeiter. Der Vorstand des Baugewerksbundes.

**Die kaufmännischen Angestellten** erhalten im Kolonialwaren-Kleinhandel weitere 30 Septembergehälter; im Papier- und Pappengroßhandel in der Woche vom 22. bis 29. Oktober 62 Septembergehälter, in der Brauindustrie sofort 60 Septembergehälter a Konto; in der Getränkeindustrie weitere 35 Septembegehälter a Konto; im Gastwirtsgewerbe am 26. Oktober 50 (insgesamt 65) Septembergehälter, Ultimo Oktober weitere 50 (insgesamt 115) Septembergehälter. In der Margarineindustrie wurde die Schlüsselzahl für diese Woche mit 7,313 Milliarden festgesetzt. Im Einzelhandel ist spätestens Sonnabend das Gehalt der Vorwoche zuzüglich 340 Prozent unter Einbehaltung der gesetzlichen Abzüge zur Auszahlung zu bringen. Die Verrechnung der bereits in dieser Woche geleisteten Vorauszahlungen erfolgt gelegentlich der Gehaltsfestsetzung für die nächste Woche.

**Die Arbeitslosigkeit in England** umfaßte am 15. Oktober 1923 insgesamt 1 253 900 Arbeitslose, d. h. 2372 mehr als in der vorhergehenden Woche, aber 231 978 weniger als am 1. Januar 1923.

# Wirtschaft

## Rußlands Wirtschaft in Zahlen.

Auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des staatlichen Planausschusses machte der bekannte russische Wirtschaftsstatistiker Gromann eine Reihe interessanter statistischer Angaben über die Wirtschaftslage Rußlands im abgelaufenen Wirtschaftsjahr. Nach Schätzungen von Gromann auf Grund der amtlichen Statistiken betrug die Bruttoproduktion der russischen Landwirtschaft im Jahre 1922/23 (gerechnet vom 1. Oktober des vergangenen Jahres bis zum 1. Oktober dieses Jahres) 3440 Millionen Warenrubel (der Warenrubel, der die Kaufkraft eines Vorkriegsrubels ausdrückt, wird durch das statistische Zentralbureau des Arbeitskommissariats und die Staatsplanverwaltung auf Grund der Preise für die wichtigsten Erzeugnisse berechnet; er betrug am 1. Oktober d. J. 594.01 Rubel der Ausgabe 1923), wogegen die Nettoproduktion (die Bruttoproduktion abzüglich der Unkosten) 3100 Millionen Warenrubel war (was 52 Proz. der Vorkriegsproduktion ausmacht). Was dagegen die industrielle Produktion anbetrifft, so wird dieselbe folgendermaßen von Gromann eingeschätzt: Bruttoproduktion 2625 Millionen Warenrubel und Nettoproduktion 950 Millionen Warenrubel (was 45 Proz. der Vorkriegsproduktion ausmacht).

Die Produktionszahlen von Gromann sind mit einem gewissen Vorbehalt aufzunehmen, besonders gilt dieses für die Nettoproduktion der russischen Industrie, da es fraglich erscheint, daß dieselbe bei den hohen Unkosten eine Nettoproduktion von 45 Proz. der Vorkriegsproduktion erzielt haben sollte. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter gibt Gromann mit 1 476 000 gegenüber 2 598 000 im letzten Vorkriegsjahr an; der monatliche Durchschnittslohn eines Arbeiters betrug 12 Warenrubel gegenüber 22 im Jahre 1913. Das Staatsbudget ist nach Gromanns Angaben im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bedeutend stabiler geworden, so haben sich die Staatseinnahmen um 50 Proz. erhöht, wobei der Anteil der Emission bei der Deckung des Defizits sich beinahe um die Hälfte verringert hat.

Die Umsätze des Innenhandels betrugen 612 000 000 Warenrubel. Die Umsätze des Außenhandels, die durch ein Anwachsen des Exportes gekennzeichnet werden, ergeben sich aus folgenden Zahlen: 214 Millionen Warenrubel Export und 183 Millionen Warenrubel Import. Zusammenfassend erklärte Gromann, daß das abgelaufene Wirtschaftsjahr durch die verhältnismäßig niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte und hohen Preise für Industrieerzeugnisse gekennzeichnet wird; so sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte vom 1. September des vergangenen Jahres bis zum 2. September d. J. um 44mal im Preise gestiegen, wogegen die Steigerung für Industrieerzeugnisse 137mal betrug.

**Für eine Herabsetzung der Kalipreise.** Die überhöhten Preise in der Kaliindustrie haben zu einer schweren Absatzkrise geführt. Die Kaliwerke mußten bereits 10 Proz. der gesamten Belegschaften entlassen und wöchentlich zwei bis drei Feierschichten einlegen. Diese Absatzstockung ist eine große Gefahr für die künftige Volksernährung und die nächste Ernte, da die notwendige Düngung unterbleibt. Um Abhilfe zu schaffen, haben die Vertreter der Arbeitnehmer im Sechserausschuß des Reichskalirats, der die Kalipreise festzusetzen hat, vorgeschlagen, die Preise zu reduzieren. Das ist durchaus möglich, weil der gegenwärtige Leistungseffekt in der Kaliindustrie pro Mann und Schicht 19,45 Goldmark gegen 16,89 Goldmark im Frieden beträgt, während der z. B. am verflossenen Sonnabend festgesetzte Lohn, der im Frieden 4,38 Goldmark betrug, nur mit 80 Goldpfennigen bewertet werden kann. Gemessen am Arbeitseffekt ist der Lohnanteil am Preis des Produktes von 26 Proz. auf 4,08 Proz. gesunken. Schon daraus ergibt sich die Möglichkeit einer Preisreduktion. Trotzdem setzten sich das Reichswirtschaftsministerium und die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft, also auch die Vertreter des Berufsstandes, der immer über zu hohe Kalipreise klagt, für den Vorschlag des Kalisyndikats ein, es bei den bisherigen, schon vor der Kohlenpreisermäßigung gültigen Preisen zu belassen. Gerade die Kohlenpreisermäßigung sollte eine allgemeine Preisermäßigung bezwecken. Diese Absicht, die das Kabinett mit der Kohlenpreisermäßigung verfolgt, wird aber, wie das Beispiel aus der Kaliindustrie zeigt, vom Kalisyndikat mit Unterstützung der Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft und unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministeriums durchkreuzt. Da sich der Sechserausschuß des Reichskalirats so den Plänen des Kalisyndikats gefügig zeigte, hat er sicherlich auf das Recht verzichtet, die Interessen der Allgemeinheit und des Volkes wahren zu dürfen. Den Vertretern der Arbeitnehmer kann nur empfohlen werden, eine Einberufung der Vollversammlung des Reichskalirats zu beantragen, die sich damit beschäftigen muß, ob dem Sechserausschuß nach diesem Vorkommnis noch weiter das Mandat der Preisfestsetzung belassen werden kann. Im übrigen ist der Vorfall im Sechserausschuß eine lebhafte Mahnung an die Regierung, ihre Maßnahmen gegen den Kartellunfug und die Ueberprüfung der Kalkulationsmethode zu beschleunigen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68. Lindenstraße 3.

**Achtung! Ausschneiden!**

Verkaufe mit halber Anzahlung, Rest 2 bis 3 Wochen — Ratenzahlung

**Herren-Sportbekleidung**

Wollcord- sowie Lindener Cord-Samt-Manchester-Sport-Anzüge, flotte Breeches- und Reitstiefelhosen, Jagd- u. Wirtschaftsjoppen, Wintermäntel, Ulster, Schlüpfer, Lodenmäntel, Gummi-Regenmäntel in viel Farben.

**Arbeiter-Berufskleidung**

wie gut verarbeitete Arbeitshosen aus Cord u. Samtmanchester, Engl.-Leder-, Pilot-, Stoff- und Zwirnhosen, Arbeitsblusen, Litevken, warme Unterzieh-Strickjacken usw. in vielen Farben.

**Jagd-, Sport- u. Tourenschuhe**

Jagd-Schnürstiefel, Gutsbesitzer- u. Inspektor-Reitstiefel in Schwarz mit festen Schäften, Kav.-Reitstiefel- (kein Militär-), doppelsohlige

Infant.-Schaft- u. Kropfstiefel, Wandererschuhe, Strapazier- und Straßenschuhe, Strohsäcke, Mehl-, Getreide- u. Kartoffelsäcke, konkurrenzlos billigst, daher allerweiteste Reise unbedingt lohnend. — Geschäftszeit 8½ bis 6½ Uhr.

**Fa. Koltermann** / Textilwaren-Haus
Berlin-Lichtenberg, B. 11, Möllendorfstr. 94/96
(unweit Bahnhof Frankfurter Allee).

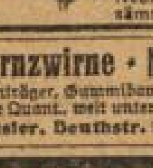
**E. BERNSTEIN**
Der Sozialismus einst und jetzt
Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel: „Der Gildensozialismus" und „Das Bleibende im Marxismus"
Grundzahl brosch. 2.50, geb. 4.—
× Schlüsselzahl
Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 2

**Bettwäsche Wäschestoffe**
Handtücher, Hemdentuche, Damast, Dimiti, Linon, Züchen, Inletts, Bettlaken usw. zu konkurrenzlos billigsten Preisen
Wäschefabrik Elsbers
Neukölln, Bergstraße 31 (an d. Hermannstr.)

**PATENTE**
Dr. Bogdahn, Geschäftsf. d. Treuh.-Verein Berl. Pat. SW 61, Schöneb. Str. 3.

Willst du preiswert **Hosen** kaufen, mußt zu **Hosen-Anders** laufen.
A. Anders, Bensselstr. 25

**Milliarden sparen Sie**
bei ERICH SCHULZ
Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 220 an der Weichselstr.
Für den Winter: Strumpfwaren, Kindertrikots, Trikotagen, Kindersweaters, Wollwaren, Damen-Schlüpfer, Wolle, Nähgarn.



**Korb- u. Rohrmöbel**
Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preise
Edmund Voß, Bln.-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264. Repar. sämtlich. Korbwaren

**Sternzwirne • Nähgarne • Twist**
Hosenträger, Gummiband, Kämme, Senkel, große Quant., weit unter Tagespreis, bietet Häusler, Deuthstr. 15. Zentrum 1202.

**BESTECKE**
mit u. ohne Silberauflage. Riesenauswahl, nur billigste Preisberechnung
**M. Dinse, Juwelier**
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsf.
Teleph. Lichtenberg 3822

Spezial-behandl. nur für **Ischias** in Hüften, Genick u. Beinen. 15 J. bewährt. Invalidenstr. 106. 9-11, 4-6. Sonntg.

**Marken-Zigaretten**
billigst bei
**Herschdörfer**
Rosenthaler Str. 50

**Kernseife**
Toilettenseife, Seifenpulver, Scheuertüch. weit unter Tagespr.
Loewenstamm, Oranienstraße 14 (Heinrichpl.)

**Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde**
von Dr. Selma Schöler-Auweck
Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.
Preis-Grundzahl Mk. 0,15
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 3

**Gebrüder Fuhrmann**
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch Zahngebisse
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

**Zähne** 1 Milliarde u. 2 Milliarden
3 Jahre weitgehende Garantie.
Teilzahlungen gestattet. Kronen. (Spez. Brückenzähne ohne Gaumen.) Keine Luxuspreise. Persönl. Fachmann. Munduntersuchung gratis. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellungen gratis. Ueber 20000 Gebisse voller Zufriedenheit geliefert.
**Hatvani, Danziger Str. 1** (Hochbahnstation).
Vorzeiger Extra-Rabatt 10 Prozent.

**Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus**
Erna Masuch
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden, Uhren, Gold- und Silberbruch
Lützow 2760 Potsdamer Str. 118